Thorner  Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3.00 Mk., monatl. 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk, durch Brieftr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn. Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 8 — 1. Blatt — Freitag, 10. Januar — 1919

Blutige Kämpfe in Berlin.

Berlin, 8. Januar. (Dr.) Blutige Kämpfe spielten sich im Laufe der Nacht am Anhalter Bahnhof ab, in dessen Nähe sich die Druckerei des Spartacusbundes befindet. Der Versuch seitens der Spartacisten, den Bahnhof zu besetzen, wurde von den Regierungstruppen mit Hilfe, von Soldaten, die von auswärts eintrafen, abgeschlagen. Die Verluste der Spartacisten sollen erheblich sein. Im Laufe des heutigen Vormittags wurde an verschiedenen Stellen der Stadt lebhaft gefeuert. Gegen 10.30 Uhr eröffneten die Spartacisten am Brandenburger Tor, das in der Nacht von Regierungstruppen unter Führung des Mehrheitssozialisten **Kutner** genommen worden war, eine lebhafte Schießerei, die bis in den Nachmittagsstunden dauerte, und verschiedene Tote und Verwundete zur Folge hatte. Die auf den Dächern der Reichskanzlei befindlichen Regierungstruppen bestrichen die Gegend unter den Linden, in dem sich die Spartacusleute aufhielten, und die Wilhelmstraße dauernd mit Maschinengewehrfeuer, sobald sich jemand dem Regierungsgebäude näherte. Um 11.30 Uhr schwoll das Feuer stark an, namentlich in der Nähe des Brandenburger Tors, das ebenso wie die angrenzenden Häuser der Südseite der Straße unter den Linden noch von Regierungstruppen besetzt ist. Die Spartacusanhänger haben die Dächer in der Dorotheenstraße in der Nähe der Kriegsakademie mit Maschinengewehren besetzt. Bei dem Feuerkampf gab es Tote auch unter den Vorübergehenden. Gegen 11 Uhr eröffneten die Spartacisten einen heftigen Angriff auf die Rückseite des alten Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei vom Tiergarten aus. Bald darauf fielen auch in der Wilhelmstraße die ersten Schüsse. Die Häuser in der Charlottenstraße, in der das W. T. B. liegt, sind stark beschädigt. Große Blutlachen waren heute Nacht auf dem Bürgersteige zu sehen. Die Kämpfe haben zuletzt an Heftigkeit zugenommen und dauern weiter an.

Berlin, 8. Januar. Nach privaten Erkundidungen kam es in der letzten Nacht an verschiedenen Stellen Berlins zu Zusammenstößen. Einen sehr bedenklichen Charakter hatte ein Angriff, den die Spartacisten gegen 11 Uhr nachts auf den Anhalter Bahnhof machten. Sie feuerten mit Maschinengewehren und benutzten auch Panzerautos. Bis 2 Uhr nachts wurde gekämpft. Viele Gebäude in der Königgrätzerstraße und Umgegend haben ebenso wie der Anhalter Bahnhof schwer gelitten. Der Stadtbahnverkehr ruht, weil das Verkehrsamt in den Händen der Spartacusleute ist. Inzwischen haben jedoch regierungstreue Truppen das Gebäude wieder besetzt. Die Lage ist augenblicklich so, daß die Kämpfe voraussichtlich diese Woche noch andauern werden, daß aber ganz zweifellos mit einem vollen Siege der Regierung zu rechnen ist. Die Bevölkerung von Groß-Berlin steht in seiner überwiegenden Mehrheit hinter der gegenwärtigen Regierung. Gegen 4 Uhr morgens lebte ein sehr heftiger Kampf auf, der fast eine Stunde dauerte und auf beiden Seiten zahlreiche Opfer forderte. Durch die Handgranaten und Maschinengewehre wurden die umliegenden Häuser zum Teil sehr schwer beschädigt. Zahlreiche Kugeln gingen in die Privatwohnungen, deren Bewohner in die hinteren Räume geflohen waren. Auch zahlreiche Geschäftsanlagen wurden beschädigt. 5 Personen wurden getötet und einige zwanzig verwundet. Bis zur Stunde befindet sich W. T. B. noch in der Hand der Spartacisten.

Keine Versenkung der ausgelieferten deutschen Kriegsschiffe.

Berlin, 7. Januar. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung des „New Herald" erklärte sich Marineminister **Daniels** mit der Versenkung der übergebenen deutschen Kriegsschiffe nicht einverstanden. Er sagte, die besten Schiffe könnten ebenso gut wie diejenigen älteren Systems noch als Schulschiffe verwendet werden, falls sie nicht anders verwendet werden könnten.

Berlin im Zeichen des Bürgerkrieges.

Es ist soweit. Diesmal handelt es sich um ganz anderes, als an das drei bis vier Maschinengewehrtagen, die Berlin seit dem 9. November erlebte, um anderes selbst als in der Kanonenweihnacht vor Marstall und Schloß. Diesmal geht es um eine Entscheidung. Es ist heute zwecklos, der nunmehr einheitlich mehrheitssozialistischen Regierung vorzurechnen, wie spät ihre Entschlüsse kamen, und daß sie selbst es ist, die den Gegner hat stark werden lassen. Schließlich bestand sie bis vor wenigen Tagen aus zwei Parteien und trug die Hemmungen in sich selbst; politische Wechselströme lähmten jede Verwaltung, der Ausstand des Polizeipräsidenten Eichhorn war der letzte, sinnfälligste Ausdruck dieses verworrenen Zustands. Jetzt aber hat sich die andere Seite geeinigt und damit wenigstens Klarheit geschaffen: die drei radikalen Gruppen der Unabhängigen Sozialisten, der (von Ledobour geführten) „revolutionären Obleute" und des Spartakusbundes haben sich im Namen des Polizeipräsidenten Eichhorn geeinigt und bilden einen geschlossenen entschlossenen Liebknechtblock. Damit ist auch von der Regierung die Last der inneren Ungewißheit genommen. Sie muß. Sie kämpft um ihr und des Reiches Dasein.

Die Liebknechtgruppe — um den radikalen Dreibund so zu nennen — verfügt in der Hauptstadt über eine nicht unbeträchtliche Macht. Sie hat tausende von Arbeitern bewaffnet, sie stützt sich auf den wahrscheinlich größten Teil der „Sicherheitswehr" und der Matrosendivision; und ist entschlossen, „mit Nägeln und Zähnen" um ihre Beute zu kämpfen. Die ist schon jetzt nicht gering. Das Berliner Haupttelegraphenamt ward am Montag nachmittag zum zweitenmal besetzt, Wolffs Telegraphenbüro ist in den Händen der Spartakisten, die vier bedeutendsten unter den hauptstädtischen Zeitungsverlagen sind von den Liebknechtgarden „erobert". Anstelle des „Vorwärts", dessen die Spartakisten sich schon am Sonntag bemächtigten, fliegen wildredende Kampfblätter in die Menge. Beide Parteien forderten zu Kundgebungszügen auf, die denn tatsächlich mit ihren Menschenmassen um die Mittagsstunden des Montags die Stadt überfluteten.

Die Regierung hielt Kriegsrat, sie ernannte **Noske** zum Oberkommandierenden der treugebliebenen Truppen. In der Voßstraße wurden die republikanischen Soldaten gesammelt und bewaffnet, am stärksten war das Reichskanzlerpalais verteidigt. Auf der Gegenseite verkündete Liebknecht: der Rat der Volksbeauftragten sei abgesetzt und ein aus Vertretern der drei radikalen Gruppen gebildeter Revolutionsausschuß habe die Regierungsgeschäfte übernommen. . . .

Kämpfe an verschiedenen Stellen der Stadt wurden durch einen Vermittlungsvorschlag der Unabhängigen Sozialisten unterbrochen: Eichhorn sollte im Amte bleiben, bis eine gemischte Kommission über ihn entscheide, die Zivilisten auf beiden Seiten sollten entwaffnet werden. Die Regierung nahm an; Spartakus lehnte ab. Jetzt, in der sechsten Stunde, hielt Liebknecht seine Zeit für gekommen: vom Schloße her kündigte er an, er übernehme die Regierung. Unterdessen tobte der Sturm der Seinen gegen das Reichskanzlerpalais.

Was wird werden? Und sind wir schon auf dem untersten Grund oder im Anfang des Unheils?

Die Reichsregierung für den Grenzschutz.

Berlin, 7. Jantar. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf: Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr. Während wir an den Ausbau unserer inneren Freiheit arbeiten, ist die Freiheit unserer Landsleute im Osten, aus dem täglich erschütternde Hilferufe an uns gelangen, von außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem polnischen Imperialismus zum Opfer fallen, der unter Verletzung von Gesetz und Landesfrieden die schwersten Stunden der jungen deutschen Republik mißbraucht. Regierung und Volk protestieren gegen diese Versuche, vor Friedensschluß die Welt vor fertige Tatsachen zu stellen. Wir haben die Wilsonschen Punkte als grundlegend für den kommenden Frieden angenommen und werden sie gewissenhaft halten. Kameraden! Proteste allein nützen nichts. Sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt sind, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zu Grunde gehen muß, sie bringen uns das Ansehen nicht zurück, das uns verloren geht, sie helfen den Kameraden in den Ostseeprovinzen zu keinem ungestörten Rückzug. Wehren müssen wir uns. Meldet Euch freiwillig zum Grenzschutz. Bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und auch die Bedingungen mitgeteilt unter denen die Anwerbung von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen Euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das Vordringen von Landesfriedensverbrecher aufhalten, Ihr sollt das Ueberrumpeln wehrloser Städte und Dörfer verhindern und unmöglich machen, das fremde in Deutschland wie in ein herrenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Noch jede Revolution, die französische wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus dem Boden gestampft. Folgt dem Rufe der deutschen Revolution. Sie kann ohne Eure Hilfe ihr Ziel nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus gestürzt hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freien Bürger. Die Republik ruft Euch, sie sorgt für Euch, aber sie braucht Euch auch. Freiwillige vor!

Die Reichsregierung

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Wissel.

Erzberger rät den Westpreußen zur Selbsthilfe.

Neustadt, Westpr., 8. Januar. Staatssekretär Erzberger antwortete auf eine an ihn gerichtete deutsche Kundgebung:

Deutsche Männer und Frauen im Kreise Neustadt dürfen sich darauf verlassen, daß unter keinen Umständen deutsches Gebiet polnischer Annexionslust zur Beute fällt. Aber Protest der Deutschen genügt nicht. Deutsche in Westpreußen müssen freiwillige Heere aufbringen, um in Verbindung mit den zuständigen Militärbehörden dem Vordringen polnischer Soldaten einen Damm zu setzen. Heute gilt für Westpreußen mehr wie je: Hilf Dir selbst, so hilft Dir Gott.

Gez. Staatssekretär Erzberger.

Ueber die Lage in den Provinzen Posen und Westpreußen

erfährt Wolffs Bureau noch: Bei Jackschitz, Kreis Bomst, versammelten sich deutsche Kräfte mit Artillerie. Nakel ist wieder in polnischen Händen. Nördlich von Nakel, bei Mrotschen sind die Kämpfe unentschieden. Kolmar ist in deutscher Hand. Die Deutschen rücken auf Wollstein vor. Bei Lissa etwas nördlich von der Stadt sind die Bahngleise von den Deutschen aufgerissen worden. Bentschen ist in deutscher Hand.

Verhandlungen in Posen.

Posen, 7. Januar. Heute wurde zwischen einem Vertreter der Regierung und den obersten Volksbehörden verhandelt, um dem zwecklosen Blutvergießen ein Ende zu machen. Das Generalkommando des 2. Armeekorps nimmt an den Verhandlungen teil. Eine Verständigung wird erhofft.

Der deutsche kommandierende General in Posen gefangen gesetzt.

Posen, 8. Januar. Als Vergeltungsmaßregel gegen den aus einem Flugzeug aus Frankfurt a. O. erfolgten Bombenabwurf wurde gestern die Internierung des kommandierenden Generals von Bock und Pullach verfügt. Die Reichsregierung ersuchte darauf um Aufhebung der Internierung, da die schwebenden Verhandlungen durch sie sehr empfindlich gefährdet würden. Der Oberste polnische Volksrat gab darauf die Zusicherung, daß die Internierung unverzüglich rückgängig gemacht werde, wenn Bürgschaften gegeben würden, daß deutsche Flieger polnisches Gebiet nicht mit Bomben bewerfen, gewisse internierte und verhaftete Polen freigelassen und in Zukunft ihrer politischen und nationalen Betätigung wegen nicht interniert und verhaftet sowie bestimmten anderen Persönlichkeiten die Fahrt nach Posen nicht verweigert würde. Der kommandierende General befindet sich augenblicklich unter militärischer Bewachung in seiner Wohnung.

Zur Lage in Berlin.

Berlin, 7. Januar. Die „Freiheit" erfährt: Die Lage hat sich seit gestern wenig verändert. Die Verhandlungen wurden bis in die frühen Morgenstunden fortgeführt und heute vormittag 11 Uhr wieder aufgenommen.

Berlin, 8. Januar. Die „Tägliche Rundschau" schreibt: Die in den letzten Tagen angewachsene Bewegung in Berlin hat sich ganz entschieden zu Gunsten der Spartakusgruppe ausgedehnt. Durch Besetzung der Berliner Stadtbahn und die teilweise Einstellung des Verkehrs durch die Spartaciden ist die Lage in ein außerordentlich bedenkliches Stadium geraten. Augenblicklich findet der Verkehr auf der Hochbahn unter ungeheurem Andrang des Publikums noch statt, doch soll die Absicht bestehen, auch dieses Groß-Berliner Verkehrsmittel für die Bevölkerung abzuschneiden.

Auf der Berliner Stadtbahn ist der Fernverkehr vollständig eingestellt worden, weil man Schüsse auf die Züge befürchtet. Auf den anderen Bahnhöfen wird der Verkehr anscheinend noch aufrecht erhalten. Die westliche Vorortbahn auf den meisten Linien. Der Potsdamer Bahnhof wurde von regierungstreuen Truppen besetzt.

Unterdessen hat die Regierung mit den Vertretern der unabhängigen Sozialisten seit heute morgen bis in die späten Nachmittagsstunden hinein unausgesetzt Verhandlungen geführt, um eine Einigung zu erzielen und den Bürgerkrieg zu vermeiden. Die Verhandlungen sind abgebrochen worden, da die Vorbedingung, nämlich die Freigabe der besetzten Zeitungen und aller sonst besetzten öffentlichen Gebäude und Geräte, durch die Vertreter der unabhängigen Sozialisten abgelehnt worden ist. Zur Stunde ist die Regierung damit beschäftigt, das gesamte verfügbare Material zu sammeln, um dann mit aller Energie und unter Anwendung aller verfügbaren Mittel einzugreifen und Ruhe und Ordnung zu schaffen. Bestimmte Beschlüsse u. a. auch darüber, ob über das Stadtgebiet der verschärfte Belagerungszustand verhängt werden soll, sind noch nicht gefaßt worden, doch ist auch diese Frage bei dem außerordentlichen Ernst der Lage in Erwägung gezogen worden.

Ueberfall auf das Sekretariat der Deutschen demokratischen Partei.

Berlin, 7. Januar. Um 5 Uhr nachmittags fuhr ein Auto mit Matrosen besetzt, beim Sekretariat der Deutschen demokratischen Partei vor. Die Mannschaft drang ein und zwang das Sekretariat, das Gebäude zu räumen. Flugblätter und Wahlaufrufe wurden auf die Straße geschleppt.

Die Berliner Zeitungen in Händen der Spartakusleute.

Berlin, 7. Januar. Die Berliner Zeitungen stehen jetzt sämtlich unter der Kontrolle der Spartakusleute, während die Zeitungsbetriebe Scherl, Mosse und Ullstein ihre Blätter noch nicht herausbringen konnten, sind andere Organe bisher am Erscheinen nicht verhindert worden. Die „Germania" und „Tägliche Rundschau" können wie bisher ihre Meinung ausdrücken. Die „Volks-Zeitung", „Berliner Neuesten Nachrichten" und andere Blätter stehen dagegen unter Vorzensur und müssen sich jeder Aeußerung gegen die revolutionäre Arbeiterschaft enthalten.

Spartakus und die außenpolitische Lage.

Berlin, 7. Januar. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" schreibt regierungsoffiziös: Die bedauerlichen Vorgänge in Berlin am Sonntag und Montag haben nach bereits vorliegenden Depeschen der deutschen Vertreter eine geradezu verhängnisvolle Wirkung auf unsere außenpolitische Lage gehabt, Vertreter der Entente haben sich bereits erkundigt, ob Deutschland nach diesen Ereignissen in der Lage sei, seinen finanziellen Verpflichtungen zu entsprechen. Sie verlangen Sicherheiten für die Erfüllung ihrer Forderungen und drohen, sich eventuell diese Sicherheiten auf eigene Faust zu verschaffen, wenn sich das deutsche Volk nicht im letzten Augenblick gegen Spartakus zur Wehr setzt. So droht dieser Sklavenbefreier uns in die Schuldknechtschaft der Entente zu bringen.

Ueber den Wirrwarr in Berlin

am Anfang der Woche wird uns geschrieben: Als sich in den frühen Morgenstunden Montags die Nachricht verbreitete, daß eine große Anzahl von Berliner Zeitungen — unter anderem die gesamten Betriebe Mosse, Scherl und Ullstein sowie der „Vorwärts" — durch Spartakusleute besetzt worden sei, wußte der Einsichtige bereits, was die Glocke geschlagen. Eine ungeheuerliche, nervenzerreißende Spannung lag über der Stadt. Dann begannen die Demonstrationen, die das

Riesigste darstellen, was Berlin bisher erlebt. Die Siegesallee war im Laufe des Vormittags besetzt von Hunderttausenden, die teils für, teils gegen die Regierung demonstrierten. Nach und nach wurde die Friedrichsstadt, das Zeitungsviertel, der Alexanderplatz militärisch besetzt. Im Marstall, unter den Linden, hat der „Polizeipräsident" Eichhorn sein Hauptquartier aufgeschlagen. Je mehr der Vormittag sich dem Mittag zuneigte, klärte sich das Straßenbild insofern, als allenthalben die Regierungstreuen ausrückten und der Wilhelmstraße zuzogen, um den Schutz der Reichskanzlei zu übernehmen. Viele Tausende durchwogten die Voßstraße. Kurz vor 12 Uhr gaben Regierungsmitglieder hier die Parole aus, daß die Soldaten warten, Waffen empfangen und weiterer Befehle der Regierung gewärtig sein sollten. Wenig später trommelten bereits an verschiedenen Stellen der Stadt die Maschinengewehre. „Frauen und Kinder von der Straße!" — der Ruf wirkte. Soldaten, bewaffnet, übernahmen die Regelung des Verkehrs. Zugleich wurden die ersten Verwundeten bereits herausgetragen und fanden bei Wertheim am Leipziger Platz Aufnahme. Dann wieder Ruhe. Aber mit Einbruch der Dunkelheit nahm das unheimliche Treiben in verstärktem Maße seinen Anfang. Mit kurzen Pausen knatternen in der der Gegend des Leipziger Platzes, der Linden und der Wilhelmstraße die Maschinengewehre, dröhnten die Handgranaten. Noch weiß niemand, wem Sieg, wem Niederlage erwächst. Die unerträgliche Spannung dauert an. Was wird der morgige Tag bringen?

Gefilmte Berliner Straßenkämpfe.

Berlin, 8. Januar. Auf dem Pariser versuchten gestern Spartakusleute in das Hotel „Adlon" einzudringen mit der Behauptung, daß auf dem Dache des Hauses Maschinengewehre aufgestellt seien. Daraufhin begaben sich einige italienische Offiziere, die im Hotel wohnen, auf das Dach und überzeugten sich, daß sich dort kein Maschinengewehr befand, daß dagegen einige amerikanische Kinooperateure sich aufgestellt und alle Kämpfe, die sich in der Gegend abspielten, kinematographisch aufgenommen hatten.

Unruhen in Braunschweig.

Frankfurt a. M., 7. Januar. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Braunschweig: Die revolutionäre Arbeiterschaft der Stadt Braunschweig ist heute in einen Sympathiestreik für die Partei Liebknecht eingetreten. Um 3 Uhr versammelten sich ungefähr 10 000 Arbeiter mit etwa 50 Maschinengewehren und veranstalteten einen Zug durch die Stadt. Am ehemaligen Schlosse wurden mehrere Ansprachen gehalten. Ein Sozialistenführer aus Holland erklärte, auch in Holland werde die Revolution nicht mehr aufzuhalten sein. Im Verlaufe der Demonstrationen wurden zahlreiche Geschäftshäuser von Zeitungen gestürmt und unter strenge Bewachung gestellt. Der Straßenbahnverkehr ist seit heute mittag vollständig eingestellt.

Spartakus in Dortmund.

Dortmund, 8. Januar. Anhänger des Spartakusbundes hielten gestern eine Versammlung ab, nach der es in verschiedenen Teilen der Stadt zwischen den Spartaciden und der Sicherheitswehr zu Zusammenstößen kam. Am Körner-Platz, wo der Bezirkssoldatenrat sein Büro hat, wurden mehrere Zivilpersonen durch Maschinengewehre verletzt. Am späten Abend zogen die Demonstranten unter Hochrufen auf Liebknecht nach dem Druckereigebäude der „Westfälischen Allgemein Zeitung", des Organs der Spartaciden, und besetzt end die Betriebsräume. Die im Gebäude liegenden gedruckten Zeitungen wurden auf der Straße verbrannt. Wegen Flugblattverteilung hatte die Sicherheitswehr über 20 Spartaciden verhaftet, die am Abend wieder freigelassen wurden. Um 12 Uhr nachts wurde noch in verschiedenen Teilen der Stadt geschossen. Der Straßenbahnverkehr wurde um 9 Uhr abends eingestellt.

Eine Kundgebung Arbeitsloser in München.

München, 7. Januar. Gegen 4 Uhr nachmittags zogen im Anschluß an eine Versammlung der Arbeitslosen auf der Theresienwiese etwa 4000 bis 5000 Demonstranten vor das Museum für nationale Fürsorge. Eine Abordnung überbrachte die Forderungen der Arbeitslosen. Minister Unterleitner teilte mit: Die Forderungen würden erfüllt werden. Währenddessen rief ein Soldat von einem Balkon des Ministeriums: Sie werden nicht erfüllt werden. Hierdurch entstand bei der Masse große Erregung, doch beruhigte man sich auf Zureden des Vertreters des Vollzugsrates Kolotz wieder. Plötzlich fiel aus der Menge ein Schuß. Unmittelbar darauf hörte man aus der Museumstraße Maschinengewehrfeuer. Die Untersuchung hat bisher kein sicheres Ergebnis gehabt. Leider wurden vier Personen schwer verwundet, von denen zwei bald darauf starben. Gegen abend zerstreuten sich die Massen.

Hoffmann gegen Hänisch.

Berlin, 7. Januar. Der frühere Kultusminister Adolph Hoffmann erklärte zu den Richtigellungen seines Kollegen Haenisch: Alle von Haenisch erwähnten Töpereien seien von Haenisch selbst nicht nur mit Bedacht, sondern zumeist von seinen Mitarbeitern bearbeitet und fast durchweg von Haenisch unterzeichnet worden.

Die Auslieferung unserer U-Boote.

Paris, 7. Januar. Havas. Dem „Matin" zufolge sind von Deutschland 122 Unterseeboote abgeliefert worden. Es müssen noch ungefähr 60 Unterseeboote abgeliefert werden. Die letzte Gruppe besteht aus den aus dem Mittelmeer zurückkehrenden Einheiten.

Die erste Besprechung über die Friedenskonferenz.

Paris, 7. Januar. Havasmeldung. Die erste Besprechung über die Friedenskonferenz wird am 13. Januar durch einen Meinungsaustausch zwischen den Ministerien von Frankreich, England, den Vereinigten Staaten und Italien eingeleitet werden. Eine Vollsitzung wird wahrscheinlich am 18. Januar abgealten werden, der auch die Vertreter derjenigen Mächte beiwohnen werden, die mit den Mittelmächten die diplomatischen Beziehungen abgebrochen haben. Der Zweck dieser Sitzung besteht in der Festsetzung der Delegierten jeder Nation. An der Konferenz wird nach einstimmigem Wunsch der Alliierten auch Marschall Foch teilnehmen, um seine Ansicht über militärische Probleme erörtern.

Wilson wieder in Paris.

Paris, 7. Januar. Wilson ist, von Genua kommend, heute nachmittag mit Frau und Tochter in Paris angekommen.

Verstaatlichung der Eisenbahnen in Irland.

Amsterdam, 7. Januar. Nach dem „Allgemeen Handelsblad" meldet der Dublin Evening Herald, die Regierung beabsichtige, mit der Verstaatlichung der Eisenbahnen in Irland zu beginnen.

Stadttheater.

Literarischer Abend. Der Weibsteufel. Schauspiel in 5 Akten von Carl Schönherr. Spielleitung: Direktor Hugo Haßkerl. — Carl Schönherr in seiner erdgeborenen, urwüchsigen Kraft ist ein durchaus Eigener. Zwar finden sich in seiner Komödie „Erde" Faden, die zu Anzengruber und in seinem Schauspiel „Glaube und Heimat" solche, die zu den Naturalisten hinüberführen, und in ähnlicher Weise offenbart sich in dem „Weibsteufel" eine entfernte Verwandtschaft mit Strindbergscher Kunst; aber Schönherr bleibt doch immer er selbst. Auch in diesem Drama ist es ein Urtrieb des Menschen, und zwar des bäuerlichen Menschen, der die auftretenden Personen vollständig beherrscht und damit den Gang der Handlung mit Naturnotwendigkeit bestimmt. War es in „Erde" das Verhältnis zum Grund und Boden, zur Scholle und in „Glaube und Heimat" der Kampf zwischen diesemselben Urgefühl und dem ebenso mächtigen Gefühle des Glaubens, was die dramatischen Werbungen auslöste, so arbeitet in den drei Personen im „Weibsteufel" mit elementarer Kraft der Trieb der Geschlechtstriebe, in jedem anders und doch wieder einheitlich. Da ist der „Mann"; schwächlich, durch und durch krank, alles andere eher als ein Mann, kann er seinem starken, gesunden Weibe nicht genügen, aber so stark ist doch der Trieb in ihm, daß er, sich stolz auf den Besitz der „Schönsten", auf sie nicht verzichten will und, von rasender Eifersucht entbrannt, zum Messer greift. Sie aber, das „Weib", hat zwar in scheinbar glücklicher Ehe mit ihrem kranken Ehegatten in der Bergeinsamkeit sechs Jahre ruhig dahin gelebt, aber nachdem einmal in ihrem Herzen das Feuer der Leidenschaft sich entzündet hat, wächst es zur Raserei an; das Weib wird zum Teufel, vor nichts schreckt sie zurück, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Mit Grausen wenden wir uns von dem fürchterlichen und dabei doch so schönen und — echt menschlichen Wesen ab; wir verabscheuen es, aber wir verstehen es und verzeihen ihm. Der „Jäger" endlich erweckt vor allem unser Mitleid. Werden der „Mann" und das „Weib" mehr widerstandslos von ihrem Triebleben dahingerissen, so kämpft er in schwerstem Kampfe für all sein sonstiges ehrliches, braves Wesen an gegen den übermächtigen Trieb, der doch Sieger bleibt und ihn zum Mörder werden läßt. — Die Darsteller Carl Marschall, Erna Molnar und Adolf Wiesner verdienen alle drei uneingeschränktes Lob. Der kranke Krüppel wurde ebenso wahr und leibhaftig vor unsere Augen gestellt wie der von Kraftfülle überschäumende Jüngling und die von der Natur zur liebenden und geliebten Gattin und Mutter bestimmte Frau, die, vom Dämon der Brunst ergriffen, selbst zur Dämonin wird. — Erwähnt sei noch, daß vor Beginn der Vorstellung Herr Direktor Haßkerl an die Zuschauer eine Ansprache richtete, in der er bat, im Interesse der Kunst und der Künstler in ersten Auftritten doch nicht in Lachen zu verfallen, eine Bitte, der das Publikum willig nachkam, und in der er noch weitere literarische Abende versprach. Nach dem so erfolgreichen Ausfalle des ersten: Künstlerischer Erfolg, volles Haus, lebhafter Beifall, können wir ihm nur dankbar zurufen: „Vivant sequentes!" — g.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 9. Januar.

— **Kredithilfen an Reichsbeamte.** Zwischen der Reichsregierung und der Verbandskasse der Spar- und Darlehnsvereine ist ein Abkommen getroffen worden, wonach diese sich verpflichten aus einem ihr vom Reiche zur Verfügung gestellten Darlehn in Höhe von 6 Millionen Mark an Reichsbeamte auf Antrag Kredithilfen zu gewähren. Die Darlehen an die Beamten dürften das anderthalbfache des reinen Jahresgehaltes einschließlich ruhegehaltsfähiger Zulagen, im Höchstfalle für den einzelnen Beamten jedoch 10 000 Mark nicht übersteigen, sind von den Beamten mit 3 vom Hundert zu verzinsen und sollen im allgemeinen für einen Zeitraum von 5 bis 10 Jahren gegeben werden.

— **Entlassungen bei der Marine.** Es wird darauf hingewiesen, daß besondere Marine-Entlassungsbüros für die im Deutschen Reich zerstreuten und beurlaubten Marine-Mannschaften eingerichtet worden sind. Solche Büros bestehen u. a. in Danzig auf Kreuzer „Viktoria Luise" an der Werft. Diese Entlassungsbüros haben die Aufgabe, die ausgedienten Marinemannschaften zu entlassen, soweit wie möglich auszufinden und sie zu beraten. Außerdem veranlassen sie die Rückführung der sich bei ihnen meldenden Kapitulanten und Dienstpflichtigen an ihre Stammmarineteile. Die in der Umgebung sich aufhaltenden ausgedienten Marinemannschaften haben sich zwecks Herbeiführung der Entlassung baldmöglichst zu den nächstgelegenen Entlassungsbüros zu begeben.

— **Verkehrsstörungen nach dem Osten.** Wie wir erfahren, ist der Verkehr zwischen Königsberg und Berlin unterbrochen. Von Dienstag ab wurden nur Fahrkarten bis Kreuz verkauft. Die Züge sollen jedoch, soweit sich bisher feststellen ließ, nur bis Schneidemühl gefahren sein. Auch von Berlin ist Mittwoch vormittag kein D-Zug in Königsberg eingetroffen. Der Grund der Unterbrechung steht noch nicht genau fest. Anzunehmen ist jedoch, daß er in den chaotischen Verhältnissen in Berlin zu suchen ist.

— **Die Einrichtung von Schulgemeinde und Schülerrat,** wie sie das Ministerium empfohlen hatte, ist am städtischen Oberlyzeum in vorschriftsmäßiger Abstimmung mit mehr als ²/₃ Mehrheit abgelehnt worden.

— **Die Fahrradbereifung.** Die Heeresbestände an Fahrradreifen sind sehr gering, und es kann nur den dringendsten Anforderungen entsprochen werden. Die Abgabe erfolgt bei der Fahrradreifen-Ausgabestelle in Spandau, Gewehrfabrik. Anträge auf Abgabe sind unter Einreichung einer behördlichen Bescheinigung der Dringlichkeit zu stellen. Die Abgabe erfolgt nach folgender Dringlichkeitsliste: a) an Aerzte, Hebammen und Tierärzte, in erster Linie mit Landpraxis, b) an Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, c) an Elektrizitätswerke für Störungssucher, d) Kriegsinvaliden, e) an Gendarmen, an die Post. Es wird gleichzeitig bemerkt, daß die Fabrikation auf Fahrraddecken freigegeben worden ist, so daß die Händler in kurzer Frist von den Fabriken mit Fahrradbereifung versorgt werden.

— **Ueber Sparmetallbewirtschaftung und Inkraftbleiben von Bekanntmachungen** findet sich eine Bekanntmachung im Anzeigeteil.

— **Die nächste Stadtverordnetenversammlung** findet Mittwoch, den 15. Januar, statt.

— **Sportverein „Vistula" Thorn.** Gestern Abend fand im „Löwenbräu" die erste Mitgliederversammlung nach dem Kriege statt, die sehr gut besucht war. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende der fürs Vaterland gefallenen Mitglieder, deren Andenken in der üblichen Weise geehrt wurde. Der Vorsitzende erstattete sodann Bericht über den Stand der Sportangelegenheit. Zur Neubearbeitung der Satzungen wurde ein Ausschuß von 3 Herren gewählt. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Der Antrag mehrerer Mitglieder, beim Magistrat zwecks Freigabe des Sportplatzes vorstellig zu werden, wurde zum Beschluß erhoben. Mit den Uebungsspielen wird am kommenden Sonntag begonnen. Zur Neuaufnahme meldeten sich 3 Herren. Sämtliche Zuschriften sind an den Schriftwart des Vereins, Herrn Kaufmann H. Güte, zu richten.

Die Lage im Bezirk Bromberg.

Die „Ostd. Rundschau" schreibt: Die Lage kann als günstig bezeichnet werden. Den Polen scheint es zum Bewußtsein gekommen zu sein, daß sie in ihrer Absicht, die Deutschen kampflos zur Unterwerfung unter ihr polnisches Zukunftsreich zu zwingen, bevor die Friedenskonferenz zu dieser Frage Stellung genommen hat, einen großen Fehler begangen haben, und sie scheinen zu fühlen, daß sie jetzt als Aufrührer der ganzen Strenge des Gesetzes ausgesetzt sind. Von deutscher Seite sind Maßnahmen getroffen, um die im Bezirk von den Polen besetzten Ortschaften wiederzugewinnen. In Hohensalza hatten die Polen am Sonntag sehr schwere Verluste, man spricht von über 100 Toten, desgleichen bei dem zweiten Kampfe bei Mrotschen, wo sich jetzt eine deutsch-polnische Bürgerwehr gebildet hat, die die Ruhe und Ordnung aufrechterhält. In Güldenhof ist ein stärkeres deutsches Detachement gemischter Waffen zusammengezogen, während der Bahnhof in Jakschitz von einer schwachen polnischen Abteilung besetzt ist.

Hohensalza. Von privater Seite wird mitgeteilt, daß den polnischen Operationen gegen die Stadt ein gut angelegter Plan zugrunde lag, wonach die Stadt von zwei Seiten angegriffen wurde. Die Waffenstillstandsbedingungen wurden auf polnischer Seite schon vor dem Bruch nicht innegehalten, denn die Polen zogen während der Nacht aus der Umgegend heimlich Verstärkungen heran. Auch hier handelt es sich um eine wohl vorbereitete Sache, denn schon vorher hatten polnische Streifkommandos von etwa 50 Mann mit Kastenwagen bei allen deutschen Besitzern des Kreises die Waffen beschlagnahmt und weggeführt. Auf diese Weise sind den Polen mindestens 1000 Jagdgewehre in die Hände gefallen. In den benachbarten Kreisen wurde ebenso verfahren. Fast überall wurden von den Besitzern Pferde requiriert. Die Stadt Hohensalza ist jetzt in polnischer Hand. Die dortigen deutschen Truppen sind abgezogen und Dienstag abend in Bromberg eingetroffen. Ihr Verlust soll 10 Mann betragen.

Von anderer Seite wird ferner berichtet: Nachdem Kruschwitz nachts ohne Kampf durch Hinterlist überwältigt worden war, setzten sich von dort aus 600 Mann gut ausgebildeter und ausgerüsteter polnischer Soldaten unter mehreren Offizieren in Marsch, um Hohensalza anzugreifen. Inzwischen wurden etliche Ortschaften um Hohensalza von den Polen besetzt. Deutsche Zoll- und Grenzbeamte, Distriktskommissare und Gendarmen südlich und östlich von Hohensalza wurden in ihren Wohnungen vollständig ausgeplündert; einige von ihnen wurden nach Posen verschleppt. Die Polen bilden überall aus entlassenen deutschen Soldaten Kompanien, deren Führer frühere deutsche Wachtmeister und Feldwebel sind. Die ganze Bewegung leiten frühere deutsche Reserveoffiziere polnischer Nationalität, die keine Abmachungen der politischen polnischen und deutschen Führer achten.

Ueber die letzten Ereignisse in Hohensalza wird der „Ostd. Rundschau" weiter gemeldet: Nachdem die Polen bei den Kämpfen am Sonntag ungeheuerliche Verluste erlitten hatten, die Zahl von 600 Toten und Verwundeten ist eher zu niedrig als zu hoch geschätzt, traten sie mit uns in Verhandlungen ein. Es wurde vereinbart, daß die deutsche Garnison am nächsten Morgen Hohensalza verlassen sollte.

Die Besatzung ist aber schon in der Nacht zum Dienstag mit allen Waffen und Fahrzeugen aus der Kaserne ausgerückt und wurde bis in die Gegend von Jackschitz von polnischen Offizieren und Mannschaften eskortiert. In Groß Neudorf ruhte die Marschkolonne aus und verpflegte sich notdürftig. Dienstag mittag trat sie ihren Marsch auf Bromberg an, wo sie um 7 Uhr abends in der Kaserne der 14er eintraf. Die Bagagen und die Nachhut folgte. Die kleine Truppe, die mit äußerster Tapferkeit am Bahnhof, an der Post und in der Kaserne gekämpft hatte, befindet sich in bester Stimmung, bedauert aber, daß sie nicht mit Verstärkungen wenigstens die Bahnlinie von Hohensalza hat halten können. Einen erfreulichen Eindruck machte auf die einmarschierenden 140er die rege Teilnahme der Bromberger Bürger, die Wachsamkeit auf den Anmarschstraßen zur Stadt und der Ernst, mit dem in Bromberg alle Vorbereitungen zur Abwehr von Handstreichen und Angriffen von außen getroffen werden.

Den Kämpfen am Sonntag sind leider auch mehrere deutsche Bürger zum Opfer gefallen, darunter auch ein deutscher Arzt, der in einem Lazarett tätig war. Die Tochter des Bürgermeister wurde, während sie aus dem Fenster sah, von einem Schuß tödlich getroffen.

Ueber die Gefechte bei Gnesen und Znin werden von privater Seite noch folgende Einzelheiten gemeldet: Zum Schutze von Gnesen war von Bromberg aus eine größere Abteilung gemischter Waffen (Infanterie, Artillerie und Grenadiere) entsandt worden. In Zechau bei Gnesen kam es zu Verhandlungen zwischen dem Führer dieser Abteilung und den Polen, etwa 200 an der Zahl, die damit endeten, daß sich die ganze Abteilung ergeben sollte. Während die etwa 350 Mann starke Infanterie mit Einschluß der Offiziere die Waffen an die Polen ablieferte, lehnte der Führer der Artillerie, dem auch der Halbzug der Grenadiere zu Pferde zugeteilt war, die Uebergabe ab und zog sich, gedeckt durch ein Geschütz, in Richtung Rogowo —Znin—Bromberg zurück. Bei Elsenau trat dieser Abteilung ein polnischer Trupp entgegen, der durch Artilleriefeuer in die Flucht geschlagen wurde. Auch in Znin hatten inzwischen die Polen die Feindseligkeiten eröffnet. Sie begannen eine aus 15 Mann bestehende Abteilung der 12. Dragoner, die sich aus Gnesen gerettet hatte, zu beschießen, wobei zwei Dragoner getötet und einer verletzt wurden. Die deutsche Artillerieabteilung, die von Elsenau her im Anmarsch war, griff rechtzeitig in den Kampf ein und stellte in Znin die Ruhe wieder her.

Südlich von Posen sind die Polen bis Kosten und Schrimm vorgerückt. Beide Städte sind am Sonntag von ihnen besetzt.

Wie aus Posen gemeldet wird, sind in Posen-Land unzählige Aufrufe verbreitet, die die polnische Landbevölkerung zur Einstellung der Lebensmittelausfuhr nach dem Westen und in deutsches Gebiet verbietet.

Im Konitzer A.- und S.-Rat teilte der Vorsitzende mit, daß polnische Legionäre über die deutsche Reichsgrenze gedrungen und sich mit der polnischen Bevölkerung, die Freischaren gebildet habe, verbunden und in zahlreichen Orten der Provinz Posen wüst gehaust haben. Diese Banden haben die Eisenbahnstrecken von Posen nach Gnesen besetzt, sind nach Nakel vorgedrungen und haben auch den Eisenbahnverkehr Schneidemühl-Bromberg unterbunden und die Eisenbahnschienen teilweise aufgerissen. Sie beabsichtigen ferner, sich des Krei-

ses Flatow zu bemächtigen und von hier aus nach Konitz zu kommen. Redner wies auf die gegen diese Gefahr getroffenen Maßnahmen hin und betonte nachdrücklich, daß die zu 94 Prozent deutsche Stadt Konitz unter keinen Umständen sich gutwillig in die Hände der Polen geben werde.

Nach Meldungen aus Lissa stehen die Polen 40 Kilometer von Lissa entfernt. Sie sind also damit etwa 70 Kilometer der Bahnlinie Breslau—Glogau—Berlin nahegerückt.

Die militärische Hilfe.

Wie es heißt, sollten die Aufgebote für die militärische Wiederbesitzergreifung Posens und zur militärischen Sicherung Oberschlesiens mehrere Armeekorps betragen.

Marienwerder. Lohnbewegung. Ein Zug von 20 Handlungsgehilfen und etwa 200 Waldarbeitern begab sich unter Führung des Arbeiterrats zum Regierungspräsidenten, um ihm ihre Wünsche zu unterbreiten. Die Handlungsgehilfen forderten Entlassung der während des Krieges in den behördlichen und privaten Betrieben beschäftigten weiblichen Hilfskräfte und Ersetzung durch heimgekehrte Krieger, Festsetzung des Gehalts für unverheiratete auf mindestens 250 Mark und für verheiratete Angestellte auf 300 bis 350 Mark monatlich, endlich Erhöhung der Stellenlosen-Unterstützung von 3 auf 6 Mark täglich. Die Waldarbeiter verlangten einen Tagelohn von 8 Mark und freie Bahnfahrt zu und von der Arbeitsstätte. Regierungspräsident Dr. Schilling sagte wohlwollende Prüfung und Erfüllung aller berechtigten Forderungen zu.

Elbing. Ein frecher Diebstahl ist in der Silvesternacht bei Herrn Hirschberg in Tiergart verübt worden. Die Tochter des Herrn H. traf Silvester auf der Landstraße einen Soldaten, der sich Max Friese nannte. Der Mann erkundigte sich nach dem Wege nach Rückfort, da er dort zu Verwandten wollte. Schließlich wollte er jedoch wegen der inzwischen eingetretenen Dunkelheit in Tiergart verbleiben und wurde von Herrn H. zur Nacht aufgenommen. Am Neujahrsmorgen war der Soldat verschwunden und mit ihm 3000 Mk. — Von einem dreisten Schwindel wird der „Elb. Ztg." berichtet: Am Sonnabend vormittag erschien bei einem hiesigen Fabrikbesitzer ein gutgekleideter Herr und stellte sich als Fliegeroffizier u. Freund und Kamerad eines in einer andern Stadt weilenden Familienmitgliedes vor. Durch das gewandte Auftreten des „Offiziers" ließ sich der Fabrikbesitzer bestimmen, ihm Vertrauen entgegenzubringen, ihm seine Fabrikanlagen zu zeigen und ihn auch zum Mittagessen einzuladen. Nachmittags wurde von einem Hotel aus die Verwaltung eines von dem Fabrikbesitzer vor einiger Zeit angekauften landwirtschaftlichen Grundstücks angerufen und ersucht, für den Fabrikherrn sofort ein einspänniges Fuhrwerk zum Hotel zu senden. Kurze Zeit darauf fuhr ein Docquart vor. Der „Fliegeroffizier" nahm das Fuhrwerk in Empfang, händigte dem Kutscher ein Trinkgeld ein mit der Weisung, daß er das Gespann selbst zurückbringen werde. Bis heute wartet man jedoch vergebens darauf. Das Pferd hatte einen Wert von 4000 Mark. Die Kriminalpolizei hat inzwischen festgestellt, daß es sich in dem „Fliegeroffizier" um dieselbe Persönlichkeit handelt, die am Donnerstag einem Pelzwarengeschäft Pelzgarnituren im Werte von 3050 Mark und an demselben Tage ebenfalls mittels Fernsprechers zwei Geschäften der Wasserstraße und des Alten Marktes mehrere Velourhüte abgeschwindelt hat. Das Fuhrwerk hat der Gauner einem Pferdeschlächter für 2500 Mark verkauft und ist dann am Sonnabend im Schnellzug in der Richtung abgedampft, denn ein Gepäckträger des Bahnhofs bekundete, daß Sonnabend abend ein Herr, auf den die Beschreibung paßt, am Schalter sein Gepäck gefordert, das er ihm noch in den Bahnwagen gereicht hat.

Danzig. Der Nationalliberale Verein für Danzig und Umgegend hat in Anbetracht, daß die Nationalliberale Partei als solche aufgehört hat, zu bestehen, die Auflösung des Vereins beschlossen. Den Mitgliedern bleibt freigestellt, welcher von den bürgerlichen Parteien sie sich nach ihrer inneren Ueberzeugung anschließen wollen.

Königsberg. Einbruchsdiebstähle. Der Fürsorgezögling Paul Czerr und der Arbeitsbursche Bruno Grzegowski aus Brentau stahlen in der Nacht zum 3. Januar aus den Futterwerken in Neufahrwasser mittels Einbruches zwei wertvolle Treibriemen, die sie an zwei Schuhmacher verkauften. Der eine zahlte für den ganzen Treibriemen 50 Mk., der andere für den halben 80 Mark. Die Treibriemen sind beschlagnahmt und Täter und Hehler festgenommen worden. Dieselben Burschen haben auch aus der Zuckerfabrik Neufahrwasser 660 Pfund Zucker gestohlen, die sie für 60 Mk. an einen hiesigen Bäcker verkauften.

Königsberg. Kampf zwischen Matrosen und Soldaten. In dem auf den Hufen gelegenen Vergnügungshaus „Flora" kam es am Sonnabend abend aus noch nicht aufgeklärter Ursache der „Königsb. Hart. Ztg." zufolge zu einer Schlägerei zwischen Matrosen und Soldaten, wobei auch Messer und Revolver eine Rolle spielten. Der Matrose August Krause, der von unbekannter Hand einen Revolver in die Hand gedrückt bekommen haben will, schoß dem Landsturmmann August Dombrowski durch den Hals, wobei die Speiseröhre verletzt wurde. Bald flogen auch von anderen Soldaten und Matrosen die Messer aus der Scheide. Bei dem Kampf, der glücklicherweise bald beendet wurde, erhielten die beiden oben Genannten auch noch Stiche in den Kopf. Ob noch weitere Personen verletzt wurden, steht nicht fest. Die beiden Schwerverletzten wurden von den herbeigerufenen Samaritern der Feuerwehr nach dem Hilfslazarett „Palästra" gefahren. — Erschossen. Wie der „Königsberger Hart. Ztg." berichtet wird, wurde am Sonntag morgen um 2.30 Uhr der angeblich bei einer Flakbatterie in Pillau stehende etwa 30 Jahre alte Oberleutnant T. vor dem Schloß von einer Matrosenpatrouille erschossen. Oberleutnant T., der in Zivil war, soll in angetrunkenem Zustande auf der Straße Personen belästigt (nach 2 Uhr nachts) und geäußert haben, daß er jeden Juden erschießen würde. Hierauf hat ein Herr seine Festnahme durch eine Matrosenpatrouille veranlaßt. Bei dem Versuch, sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen, wurde Oberleutnant T. erschossen.

Czersk. Vom Zuge überfahren wurde auf Bahnhof Czersk der Offizierstellvertreter Hennig vom Bezirkskommando Samter. Der Schwerverletzte wurde in das Lazarett zu Konitz gebracht.

Kirchliche Nachrichten.

Freitag, den 8. Januar 1919.

St Georgenkirche. Abends 8 Uhr Betstunde. Herr Pfarrer Heuer.

Aus aller Welt.

Selbstmord des Fliegeroberleutnants Roeth.

In einem Anfall von Schwermut verübte in Nürnberg der bekannte Fliegeroberleutnant Roeth Selbstmord. Er war ausgezeichnet mit dem Pour le merite.

Prozesse, die Jahrhunderte dauern.

Beim alten Reichsgericht in Wetzlar wurden Prozesse jahrhundertelang geführt; aber auch noch in neuerer Zeit, da der Schlendrian des Heiligen römischen Reiches deutscher Nation längst versunken ist, nahmen Streitigkeiten mehr als ein halbes Jahrtausend in Anspruch. Der Prozeß, den die Bürger von Campan und Bagners miteinander ausfochten, begann im Jahre 1254, das Urteil wurde aber erst im Jahre 1892 gesprochen. In dem kleinen Oertchen Campan wurde auch noch ein anderer Prozeß geführt, der ebenfalls viele Jahrhunderte dauerte, an dessen Durchfechtung zahlreiche Rechtsanwälte ihr ganzes Leben lang arbeiteten und bei dem die Parteien unendlich viel mehr Geld verloren, als die Sache ihnen einbrachte. Ein Alter von 200 Jahren erreichte ein Prozeß der um die Hinterlassenschaft des ungarischen Bischofs Demetra geführt wurde. Der Bischof hinterließ seiner Familie gewaltige Besitzungen, aber bei seinem Tode in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts waren die Güter von Türken überflutet, und es dauerte längere Zeit, bevor die politischen Verhältnisse so weit geklärt waren, daß Ansprüche darauf erhoben werden konnten. Unterdessen war die Zahl der Erbberechtigten auf 1000 angewachsen, und da sich diese im Jahre 1768 nicht einigen konnten, kam es zu einem Prozeß, der erst 1890 entschieden wurde. Damals erhielt jeder der glücklichen „Erben" 20 Mark, den weitaus größten Teil der Erbschaft, die ursprünglich 4 Millionen wert war, hatten die Prozeßkosten und die Honorare der Rechtsanwälte verschlungen. Einen Rekord auf diesem Gebiete stellt ein Streitfall dar, der zwischen dem Grafen von Nevers und einigen Einwohnern von Donzy ausgefochten wurde. Der Prozeß begann im Jahre 1220 und wurde erst im Jahre 1848 zur endgültigen Entscheidung gebracht. Er hat also insgesamt nicht weniger als 638 Jahre geschwebt. Man sieht, Prozeßhänse hat es zu jeder Zeit gegeben und wird es wohl auch immer geben.

Neueste Nachrichten.

Die Matrosen sagen sich von Liebknecht los.

Berlin, 8. Januar. Die Matrosen, die sich gestern in den Streit zwischen der Regierung und den Spartacisten neutral erklärt haben, haben, wie sie auf das bestimmteste versichern, alle Beziehungen zu Liebknecht und den Unabhängigen abgebrochen, die ihr bisheriger Führer Dornbach angeknüpft hatte. Dornbach ist seit gestern aus der Division ausgeschieden und geflüchtet. Er sollte von den Matrosen verhaftet werden, wenn er von ihnen ergriffen wird. Die Haltung der Matrosen ist um so mehr von Bedeutung, als sie seit einigen Tagen die Bewachung der Reichsbank übernommen haben. Die Matrosenwache soll entschlossen sein, die Bank gegen jeden Angriff zu schützen, um den Geschäftsgang sicher zu stellen.

Die Volksmarinedivision verhält sich neutral.

Berlin, 8. Januar. Die gestern von mehreren Mittagsblättern gebrachte Nachricht, Liebknecht habe eine neue Regierung ausgerufen und seinen Sitz im Marstall aufgeschlagen, entbehrt jeder Begründung.

Die Volksmarinedivision hat sich gestern neutral erklärt. Sie steht weder auf der Seite der Spartacisten, noch hat sie Sympathie für die Regierung. Sie sei daher nicht gewillt, sich an den nahe bevorstehenden Kämpfen der Spartacisten und der Regierung zu beteiligen, sondern will, um Leute und Material zu schonen, den Ereignissen teilnahmslos gegenüberstehen. Nach einer Meldung der Tägl. Rundschau soll auch die Volksmarinedivision vollständig sich auf die Seite der Regierung gestellt haben. Am Nachmittag wurden von den Matrosen 5 Geschütze am Marstall aufgefahren.

Der Kamf um Wolffs Telegraphen-Büro.

Leipzig, 8. Januar. (Drahtnachricht.) Zu den Kämpfen in der vergangenen Nacht um das Wolffsche Telegraphen-Büro wird den „Leipz. N. N." gemeldet: Die Regierung hat den Befehl gegeben, das W. T. B., das noch immer in der Hand der Spartakisten ist und dessen Dienst seit vier Tagen unterbrochen ist, zurückzunehmen. Gegen 1 Uhr nachts rückten regierungstreue Truppen heran und versuchten, das Gebäude in die Hand zu bekommen. Die Verteidiger erklärten, daß sie freiwillig den Platz nicht räumen würden. Darauf wurde das Feuer eröffnet. Das im Eckfenster aufgestellte Maschinengewehr hielt die Straße nach beiden Richtungen hin unter Feuer. Die Regierungstruppen versuchten, von den Hausfluren aus mit Handgranaten und Maschinengewehren dem Gegner beizukommen, vermochten jedoch das Gebäude nicht zu nehmen. Nach etwa einer halben Stunde wurde der Kampf abgebrochen und die Regierungstruppen erbaten Verstärkungen.

Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 8. Januar. Die Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf: Mitbürger! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Macht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein politisches Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestürzt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen. Seine Stimme soll unterdrückt werden. Die Erfolge habt Ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Sicherheit aufgehoben, die Presse unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile von Berlin sind in Stätten blutiger Kämpfe verwandelt, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Proviantämter werden gestürmt, die Ernährung der Soldaten und der Zivilbevölkerung ist unterbunden.

Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zertrümmern und ihre Wiederkehr für alle Zeiten zu verhindern. Einschneidende Handlungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden, und diese bedarf der Vorbereitung. Habet nur noch kurze Zeit Geduld, seid zuversichtlich, wie wir es sind, und nehmt Euern Platz entschlossen ein für die, die Euch Freiheit und Ordnung bringen. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und Anarchie ein Ende machen. Teilerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebauscht werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht.

Russische Bolschewisten in Berlin.

Berlin, 8. Januar. Wie die Germania aus angeblich zuverlässiger Quelle erfährt, sind 1000 russische Bolschewisten in Berlin eingetroffen und halten sich dort in deutscher Soldatenuniform auf.

Entschlossenes Vorgehen der Reichsregierung gegen die Spartakisten.

Leipzig, 8. Januar. (Drahtnachricht.) Nach einer Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten ist, nachdem gestern abend die Verhandlungen mit der Spartakusgruppe von der Regierung als aussichtslos abgebrochen wurden und die Regierung dadurch freie Hand erhalten hat, die Regierung entschlossen, von dieser Handlungsfreiheit vollsten Gebrauch zu machen. Jetzt soll alle Rücksicht fallen. Zur Bestätigung, daß es jetzt der Regierung ernst sei, wird darauf hingewiesen, daß bereits im Laufe des Dienstag Abend aus der Kaserne der Gardepioniere und dem Proviantamt die Regierungstruppen zurückgenommen worden sind. Dasselbe Blatt meldet weiter: Das Brandenburger Tor und der Reichstag waren von Spartakisten erstürmt worden, wurden aber von regierungstreuen Truppen zurückerobert. Auch sonst hatte es den Anschein, daß im Zentralrat der Stadt die regierungstreuen Truppen das Uebergewicht hätten, im Osten dagegen und in den Ausläufern der Stadt die Spartakusanhänger. In den Vororten ist die Gardeschützen-Division in Stärke von etwa 8000 Mann zusammengezogen, auch andere Truppen sollen in Marsch gesetzt sein, die im Laufe der Nacht erwartet werden. Der Angriff müßte die Entscheidung bringen und Berlin am Mittwoch zum Schauplatz schwerer Kämpfe machen.

Keine Besetzung von Berlin durch die Entente.

Wien, 8 Januar. (Dr.) Wie das Fremdenblatt von bestimmt unterrichteter Seite hört, sind die Ententemächte von der früher gehegten Absicht, Berlin zu besetzen, trotz der gestrigen Vorgänge abgegangen. In Paris herrscht die Ansicht, daß der Berliner Brand in sich selbst zusammenfallen müsse, oder, wie ein französischer Diplomat sich ausdrückt, „das Nest ausbrennen müsse". Welche Wendung die Ereignisse in Berlin auch genommen haben, ein bewaffnetes Eingreifen der Ententemächte kann als ausgeschlossen gelten.

Französische Drohung über den Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen.

Genf, 8. Januar. (Dr.) Nach einer Havasmeldung berichtet Clemenceau in Homme libre: Der Oberbefehlshaber erhielt den Auftrag der französischen Regierung, im Falle der Bildung der bolschewistischen Regierung die weiteren Verhandlungen mit der deutschen Waffenstillstands-Kommission abzubrechen und diese aus dem besetzten Gebiet zu entfernen

Ausschluß feindlicher Staatsangehöriger von der englischen Börse.

London, 8 Januar. (Dr.) Die öffentliche Börse hat beschlossen, daß keine deutschen, österreichischen, ungarischen oder türkischen Staathangehörigen von der Börse angestellt werden dürfen.

Wilson gegen die Fortsetzung der Intervention in Rußland.

Paris, 7. Januar. (Drahtnachricht.) Reuter. In gut unterrichteten Kreisen ist man fest überzeugt, daß Wilson persönlich gegen die Fortsetzung der Intervention in Rußland ist.

Die Lage in Spanien.

Madrid, 8. Januar. (Drahtnachricht.) Havas. Das Blatt Abc veröffentlicht die Grundlinien eines Statuts für Catalonien, das von der unter Vorsitz von Maura tätigen Kommission ausgearbeitet worden ist. Catalonien soll eine beratende Stimme erhalten, die den Namen einer regionalen Disposition führen soll. In Barcelona wird die Regierung durch einen Zivilgouverneur vertreten sein. Die Cortes und die spanischen Gerichtshöfe bleiben bestehen.

Vordringen der Tschechen in oestereichisch-Schlesien.

Troppau, 8. Januar. Die Tschechen haben Freudental, Zuckmantel und Bennisch besetzt.

Allen Freunden und Bekannten meinen

herzlichen Dank

für die Beweise freundlicher Anteilnahme bei dem Heimgange meines lieben Mannes.

Thorn, den 9. Januar 1919.

Ida Kaminski Ww.

Am 5. Dezember 1918 ist eine Nachtragsbekanntmachung Bst. a. 285/12. 18 KRA (K. St. I d 13332) zur Verordn. ? Best. m. 48/12 18 KRA (K. St. I d 13001) vom 18. 11. 18 in Kraft getreten betr.

Verbrauch der für Kriegszwecke zugewiesendn Sparmetallmengen zu Friedenszwecke

ferner eine Bekanntmachung III. 441/12. 18 D. M. A. (K. St. I d 13395) vom 9. 12. 18 betr.

Inkraftbleiben von Bekanntmachungen.

Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist in den Regierungsamts- und in Kreisblättern bekanntgemacht worden und bei der Kriegsamtsstelle Abt. I d, Danzig, Krebsmarkt 2/3, einzusehen.

Danzig, den 4. Januar 1919.

Kriegsamtsstelle.
Die Beauftragten des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats.

Bekanntmachung.

Die am 8. 1. 1919 im Sitzungssaale des Arbeiter- und Soldatenrats versammelten Abgeordneten der Thorner Bürgerschaft, deutscher und polnischer Nation, beschließen,

von jeglicher Beflaggung privater und öffentlicher Gebäude bis zur Friedenskonferenz

abzusehen.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Die Vertreter des Thorner Bürgerrats, des Magistrats, des polnischen Volksrats und des Arbeiter- und Soldatenrats.

Der Bürgerverein der Thorner Vorstädte:
Adolf Krause, Vorsitzender. Lehrer Paul.

Der polnische Volksrat:
W. Szuman, Dr. Steinborn, H. v. Tempski, J. Sulecki, A. Rosochowicz, K. Buntkowski.

Haus- und Grundbesitzer-Verein:
Paul Meyer, Vorsitzender. Hoffmann, Greth, Kirmes, Grunwald, Nikolas Feilchenfeld, Dr. Wolpe, H. Stephan, Dombrowski.

Die Delegierten der polnischen Soldaten:
Blaszczyk, Kozielack, Langanka, Ryba, Kalamarski, Dobroszewski, Drabinski, Topolinski, Duchnicki, Bojanowski, Zielinski, Nalaskowski, v. Powierski.

Der Magistrat:
Oberbürgermeister Dr. Hasse.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:
Böhme, Makowski, Hinz, Danischewicz, Grodick, Blume, Fister, Becker, Wohlfeil, Rose, Folger, Kiehnscherf, Neumann, Schulze, Gardzielewski, Wuttke, Less.

Bekanntmachung.

Die städtischen Körperschaften haben eine

Personenbestandsaufnahme

beschlossen, die am

Sonntag, den 12. Januar

stattfinden soll.

Sie bezweckt nach dem Vorgange früherer Volkszählungen insbesondere das Nationalitäten-Verhältnis in der Stadt festzustellen.

Nach dem Vorgange der Volkszählung im Jahre 1917 ist die Stadt in 72 Zählbezirke eingeteilt worden, für deren Besetzung mit je einem Vorsteher wir hauptsächlich die Lehrkräfte in der Stadt in Anspruch nehmen müssen.

Die Gewinnung von Zählern liegt den Herren Zählbezirksvorstehern ob. Diese erhalten die nötige Anzahl Zählbogen alsdann am 8. vorm. und sind ersucht worden, die Zähler zum Empfange und zur Austeilung an die Haushaltungsvorstände entsprechend in Anspruch zu nehmen, sodaß am 11. abends spätestens jeder Haushaltungsvorstand im Besitze des auszufüllenden Zählbogens ist.

Die Abholung der Zählbogen durch die Zähler (Zählerinnen) hätte am Montag, den 13. d. Mts. bereits zu beginnen, und wäre das gesammelte und vom Zählbezirksvorsteher nach Möglichkeit auf Vollständigkeit der Angaben geprüfte Schriftwerk schon bis zum 15. Januar 3 Uhr nachmittags zu unserer Registratur, Zimmer 18, zurückzuliefern.

Die Zähler werden besonders darauf hingewiesen, daß sie die Spalten über Muttersprache und Nationalität gewissenhaft ausfüllen lassen.

Als nicht dem deutschen Reiche angehörig sind in Spalte 10 nur die Ausländer einzutragen, Elsässer oder Lothringer als solche ausdrücklich zu bezeichnen.

Wer sich in Spalte 9 als polnisch (Pole) benennt, ist in Spalte 10 als „dem deutschen Reiche angehörig" durch unterstreichen des Wortes „ja" einzutragen. Selbstverständlich sind **alle zur Haushaltung gehörenden Personen ohne Unterschied des Alters** in die Zählbogen aufzunehmen.

Wir bitten die Haushaltungsvorstände dringend, die Zählbogen gewissenhaft auszufüllen, den Zählern vom 13. ab zur Verfügung zu halten, ihnen überhaupt die Arbeit möglichst leicht zu machen.

Thorn, den 6. Januar 1919.

Der Magistrat.

Großer Webereikonzern, der beinahe alle Artikel selbst spinnt und webt, sucht tüchtigen besonders bei Fabriken und sonstigen Verbrauchern bestеingeführten

Vertreter.

Angebote unter **D. U. 96** an **Rudolf Mosse, Dresden.**

Bekanntmachung.

Sämtliche vom Magistrat für Bahnbenutzung etc. ausgestellten Ausweise sind vom heutigen Tage ab ungültig.

Von heute ab werden diese Ausweise vom **Polizeimeister des A.- und S.-Rates** ausgestellt.

Thorn, den 9. Januar 1919.

Kluske, Polizeimeister.

Aufruf.

An die Landbevölkerung!

Stunden der größten Not sind in unserem Vaterlande angebrochen. Die Aufrechterhaltung unserer inneren Wirtschaft ist auf das schwerste gefährdet. Mangel an Kohlen und Rohstoffen legen die Industrie in großem Umfange lahm. **Ungezählte zurückkehrende Krieger sind arbeits- und erwerbslos.** Es wird unmöglich sein, diesen allen und den vielen anderen erwerbslos gewordenen Arbeitern in Industrie und Handwerk Unterkunft, Nahrung und Arbeit zu geben. Hier muß und kann das Land helfen. **Landwirte, Ihr habt in aufopfernder Weise und unter Einsetzung Eurer ganzen Kraft bisher geholfen! Helft auch jetzt, die zurückkehrenden Krieger und alle anderen, die keine Arbeit finden, auf dem Lande zu beschäftigen.** Gebt ihnen Arbeit, Nahrung und Wohnung, auch dann, wenn Ihr Euch selbst im Raum beschränken müßt. **Baut Wege, melioriert Euere Felder und Wiesen, macht Waldarbeiten, kurz, schafft Arbeit!** Das ist jetzt eine hohe, sittliche Pflicht der Landwirtschaft.

Ohne Opfer wird und kann es nicht dabei abgehen. Ueber allem aber muß jetzt die Forderung der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Kraft und der inneren Ruhe und Sicherheit stehen. Steigert die Erzeugung, soweit es irgendmöglich ist, nehmt an Menschen auf, soviel als Ihr nur irgend unterbringen könnt und arbeitet so mit am Wohle unseres Vaterlandes. Was vom Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung geschehen kann, um der Landwirtschaft zu helfen, wird geschehen.

Arbeiter!

Industrie und Handwerk, die Euch bisher beschäftigt haben, liegen danieder. Die Kohlen- und Transportnot zwingt sie zur Einstellung oder Einschränkung der Arbeit. Das Land aber braucht Arbeiter. In den landwirtschaftlichen Betrieben ist überall vieles nachzuholen. Nichts ist jetzt wichtiger als die Sicherung unserer Ernährung. Landverbesserungen, Wegebauten und viele andere Arbeiten ähnlicher Art harren der Ausführung. Bei der Bestellung und Ernte des kommenden Wirtschaftsjahres können viele Arbeiter lohnende Beschäftigung finden. Es gilt, den Boden bis zum letzten Fleckchen zu bebauen.

Das Land ruft Euch und braucht Euch!

In jedem größeren Verwaltungsbezirk sind landwirtschaftliche Arbeitsnachweise vorhanden. Wendet Euch an sie, Ihr werdet Arbeit finden und helft so am besten Eurem Vaterland.

Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilmachung
(Demobilmachungsamt).
Koeth.

Brennspiritus für Säuglinge.

Der große Andrang zur Spiritusmarkenausgabe im Verteilungsamt II, Brückenstraße 13 und der häufige Versuch der Anforderung von Brennspiritusmarken durch unberechtigte Personen veranlassen uns die Verteilung der Brennspiritusmarken anderweitig zu regeln. Zunächst sollen neue Bezugsausweise für **Säuglinge** im Verteilungsamt I Zimmer 3, woselbst eine genaue Prüfung über die Empfangsberechtigung stattfinden wird, in der Zeit vom 10. bis 13. Januar 1919 zur Ausfertigung gelangen und zwar:

Am Freitag, den 10. Januar 1919 für die Säuglingsmütter in Mocker.

Am Sonnabend, den 11. Januar 1919 für die Säuglingsmütter der Culmervorstadt und Jakobsvorstadt.

Am Montag, den 12. Januar 1919 für die Säuglingsmütter der Innenstadt.

Am Dienstag, den 13. Januar 1919 für die Säuglingsmütter der Bromberger-Vorstadt.

Einen Brennspiritusbezugsausweis dürfen nur Minderbemittelte abfordern, die keinen Gaskocher oder elektrischen Kocher besitzen.

Die alte Bescheinigung zum Spiritusbezug ist abzugeben.

Ferner sind vorzulegen:
Der Brotkartenausweis,
die Geburtsscheine der Kinder,
der Petroleumbezugsausweis.

Zur Abholung der Brennspiritusmarken werden künftig Nummern über die jeweils verfügbaren Brennspiritusmengen aufgerufen werden.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat. Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Aus dem Felde zurück

habe meine Werkstatt für

Anfertigung von Herrengarderoben

wieder eröffnet

Neu-Anfertigungen sowie Umarbeitungen und Reparaturen werden schnellstens ausgeführt

J. Rosenthal, Brückenstr. 18 I.

---

2 Paar ganz neue, derbe

Wasserstiefel

sind sofort zu verkaufen. Zu erfragen bei Schachtmeister **G. Hinz,** Thorn-Mocker, [illegible]straße Nr. 26.

Nußbaumbüfett und Herren-Gummimantel

billig zu verkaufen Mellienstr. 28, 4.

Gut erh. Sportwagen

zu kaufen gesucht. Angebote unter **K. L. 194** an die Gesch. d. Ztg.

Tanzkränzchen

des

demokratischen Wahlvereins Gramtschen

am Sonnabend, den 11. d. Mts.,
im Gasthaus Felske-Gramtschen

Gäste herzlich willkommen. Anfang 7 Uhr

Felske

Achtung! Achtung!

Oeffentliche

Frauen-Versammlung

Sonnabend den 11. Januar 1919,
abends 8 Uhr,
— im großen Saale des Artushofes. —

Vortrag:

Die deutsche demokratische Partei und die Frauen.

Referentin: Frau **Carstenn**-Elbing.

Freie Aussprache! — Freie Aussprache!

Bürgerinnen! Deutschlands Wohl und Deutschlands Zukunft hängt von dem Ausfall der Nationalversammlungswahl ab! Laßt Euch aufklären und klärt unsere Mitschwestern auf! Besucht die Versammlung!

Der geschäftsführende Ausschuß.

Deutschnationale Volkspartei

Orts- und Kreisgruppe Thorn.

Volks-Versammlung

am

Sonntag, den 12. Januar, vorm. 11½ Uhr,

im Artushof, großer Saal.

Justizrat **Wannow,** Zoppot, spricht über:

Die politische Lage.

Alle Freunde unserer guten Sache sind herzlich eingeladen.

Schneider

auf Zivil, Großstücke, und Tagschneider stellt sofort ein

J. Tschichoflos.

Erfahrener, zuverlässiger

Arbeitskutscher

findet Stellung bei

Kasimir Walter,
Thorn-Mocker :: Geretstraße 49

Arbeitsburschen

stellt ein **Fr. Streh au,** Bauklempnerei und Installationsgeschäft, Araberstraße 4.

Bessere alleinstehende Frau

oder **Fräulein als Stütze der Hausfrau** von sogleich ges. Meld. u. Nr. **195** an die Gesch. d. Ztg.

Lehrfräulein

für mein Kontor sofort gesucht. Schriftliche Bewerbungen an **A. Irmer,** Culmer Chaussee 1.

Aufwärterin gesucht

Mellienstr. 101, linker Aufg., 1 Tr.

10—15000 Mark

zur 1. Stelle gleich zu vergeben. Off. u. **L. 197** an die Gesch. d. Z.

10—15000 Mark

Hypothek zur 1. Stelle Stadt- oder Landgrundstück von sofort zu verg. Ang. u. H. T. **196** an die Gesch. d. Z.

---

2 ältere zugfeste Arbeitspferde

stehen preiswert zum Verkauf

Brauerei Englisch Brunnen,
Roter Weg 3.

Zu verkaufen:

1 Gaskronleuchter
2 Gaslampen
1 Kleiderschrank
1 Vertikow
1 Paar lange Stiefel

gut erhalten, Araberstr. 4, im Laden.

Echter Zwergteckel

zum Decken gesucht. Nachricht erbittet Oberfeuerwerker Spielhagen, Schießplatz.

Stadt-Theater

Freitag, 10. Januar, 7½ Uhr:
Literarischer Abend. Zum 2. Male:
„Der Weibsteufel."

Sonnabend 11. Januar, nachm. 3 Uhr
Märchenvorstellung! Erm. Preise!
Zum 1. Male!
„Hänsel und Gretel".

Abends 7½ Uhr! Ermäßigte Preise!
Zum letzten Male!
„Des Meeres und der Liebe Wellen".

Sonntag, 12. Januar nachm. 3 Uhr:
Zum letzten Male!
„Die Fledermaus".

Konrektor Nilson,
Mellienstraße 112.

Haararbeiten

fertigt billig an

Gehrz, Damen-Friseur,
Altst. Markt 21, 2

Geschäftshaus

Mitte der Stadt, nahe der Weichsel, Front nach 2 Straßen mit kompl. Honigkuchenfabrikeinrichtung ist billig zu verkaufen.

Auskunft erteilt **Leibitscher Mühle, G. m. b. H.,** Thorn.

---

3 möbl. Zimmer

evtl. mit Pension, das eine mit 2 Betten, zum 1. Februar gesucht. Offerten sind zu richten an **Café Zuruchs,** Bachstraße 4.

Vom 1. März

eine Wohnung von 3 Zim. nebst Küche gesucht. Zu erfr. in der Gesch. d. Ztg.

Synagogale Nachrichten.

Freitag: Abendgottesdienst 4 Uhr.
Sonnabend: Frühgottesdienst 7½ Uhr, Haupt-Gottesdienst 10 Uhr, Abendgottesdienst 4 Uhr 41 Min.
Morgen-Gottesdienst an den Wochentagen 7 Uhr, Abendgottesdienst 4 Uhr.

Thorner Zeitung

Nr. 8. Beiblatt. Ostdeutsche Zeitung und Generalanzeiger **Freitag, 10. Januar 1919**

Warum uns Wilson den Krieg erklärt hat.

Die Gestalt **W i l s o n s** ist wohl die weltgeschichtlich bedeutendste Erscheinung, die der Weltkrieg hervortreten ließ. Sein Charakterbild aber schwankt noch, „von der Parteien Haß und Gunst verwirrt", in der Geschichte, und besonders ist uns Deutschen Vieles an ihm unerklärlich. Immer wieder erhebt sich unter uns die Frage, warum hat der Mann, der in seinen Büchern so viel Verständnis für den deutschen Staat bewies und selbst die Rückeroberung Elsaß-Lothringens als unser gutes Recht anerkannte, Deutschland den Krieg erklärt und ist so zum eigentlichen Urheber unseres Zusammenbruchs geworden? Die Antwort darauf gibt in einem Aufsehen erregenden, unbekannte Tatsachen verwertenden Aufsatz der Uebersetzer Wilsons Günther Thomas in der bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden Deutschen Revue. Zunächst ist Wilson durch die immer stärker einsetzende antideutsche Propaganda gegen uns eingenommen worden, zumal er während des Krieges nicht mehr objektiv unterrichtet werden konnte. Dazu kamen die Berichte des amerikanischen Botschafters Gerard, der durch unrichtige Behandlung vielfach verstimmt und verärgert wurde. Als eine Ungeschicklichkeit sondergleichen muß es bezeichnet werden, daß z. B. in einer Unterredung auf eine Bemerkung der Unterstaatssekretär Zimmermann Herrn **G e r a r d** erwiderte, an einen Krieg Amerikas gegen Deutschland sei nicht zu denken, denn es befänden sich drüben fünfmalhunderttausend deutsche Reservisten, die sich sofort erheben würden, worauf ihm Gerard zur Antwort gab, es befänden sich in Amerika auch fünfmalhunderttausend Laternenpfähle, mit denen die Reservisten in einem solchen Falle nähere Bekanntschaft machen würden. Die kindliche Aeußerung Zimmermanns steht ungefähr auf gleicher Höhe wie die berühmte Note an Mexiko. Grade diese mexikanische Note hat bei Wilson und dem amerikanischen Volk dem Faß den Boden ausgeschlagen. Dazu kommt das Kapitel des U-Boot-Krieges." Wilson war im November 1916 als Friedenspräsident gewählt worden; er war von dem Friedensangebot der deutschen Regierung Ende 1916 unterrichtet, und die Reise Gerards nach Amerika im Spätherbst 1916 ermöglichte eine engere Verbindung mit dem Präsidenten, da ihn Gerard über die maßgebende Auffassung der deutschen Reichsleitung unterrichtete. Nach der Rückkehr Gerards fand am 6. Januar 1917 das bekannte Begrüßungsessen des Botschafters statt, bei dem Gerard erklärte, die Beziehungen zwischen den beiden Regierungen seien nie besser gewesen, und würden es bleiben, so lange die jetzt am Ruder befindlichen Männer im Amt verblieben. Unverkennbar war dies die Antwort Wilsons an die deutsche Regierung. Thomas hatte genau eine Woche nach dem Essen eine lange Unterredung mit Gerard über seine Rede. Er erläuterte seine Aeußerung dahin, daß die Beziehungen zwischen beiden Regierungen nie einer solchen Belastungsprobe unterzogen worden seien, wie in den letzten beiden Jahren. Da die Beziehungen diese Belastungsprobe ausgehalten hätten, könne man wohl sagen, daß sie nie besser gewesen seien als jetzt. Als Thomas dann äußerte, es werde wohl angesichts der allgemeinen Stimmung in Deutschland zu einer Verschärfung des U-Bootkrieges kommen, „erwiderte Gerard mit großer Lebhaftigkeit, davon könne keine Rede sein, denn es sei ihm noch vor ganz kurzem, noch nach dem Festessen, persönlich die bestimmte Versicherung erteilt worden, daß die Verschärfung des U-Boot-Krieges nicht kommen werde?" Des Weiteren betont er: „Präsident Wilson habe ihm gegenüber in Washington keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Verschärfung des U-Boot-Krieges die Kriegserklärung Amerikas unweigerlich zur Folge haben werde; es sei ja möglich, daß seither der Präsident seine Ansicht geändert habe, doch sei das kaum anzunehmen, da er im allgemeinen ein halsstarriger Charakter sei und an dem einmal nach reiflicher Ueberlegung gefaßten Entschluß festzuhalten pflege." Thomas gab diese Aeußerung an den Reichskanzler weiter. Ganz kurz danach wurde der verschärfte U-Bootkrieg verkündigt. Wilson mußte sich betrogen und hintergangen fühlen, wenn der damalige Reichskanzler **B e t h m a n n - H o l l w e g** ihm durch Gerard die bestimmte Versicherung gab, der U-Boot-Krieg werde keine Verschärfung erfahren, und dann diese Verschärfung doch zuließ. Dadurch, daß Bethmann-Hollweg im Amte blieb, wurde diese Anschauung verstärkt. Zugleich mußte aber Wilson annehmen, daß die Verschärfung des U-Boot-Krieges auf den persönlichen Einfluß des Kaisers und seiner militärischen Ratgeber zurückzuführen sei. „Hierin liegt letzten Endes der psychologische Schlüssel für die Haltung, die seither Wilson in seinen Kundgebungen gegen uns unentwegt eingenommen hat. Daher sein Haß gegen „Kaiserismus", Autokratie, Militarismus und Junkertum, wofür der Boden reichlich vorbereitet war."

Aus Stadt und Land.

Thorn, den 9. Januar 1919.

— **Unterstützung von Offizieren.** Offiziere, die durch Kriegsbeschädigung oder durch die eingetretenen Verhältnisse zu einem Berufswechsel gezwungen oder unverschuldet in eine wirtschaftliche Notlage geraten sind, finden Rat und Hilfe bei der Auskunftsstelle für Offizierzivilversorgung im Kriegsministerium in Berlin W. 9, Leipziger Platz 17, bei den Auskunftsstellen für Offizierzivilversorgung, bei den Versorgungsämtern der Generalkommandos, dem mit dem Kriegsministerium in Fühlung stehenden „Deutschen Offizierbund" in Berlin W. 9, Potsdamer Straße 23, oder dem „Deutschen Hilfsbunde für kriegsverletzte Offiziere, e. V." in Berlin W. 9, Potsdamer Straße 21. — Schriftlichen Gesuchen werden zweckmäßig gleich die zur Prüfung der Verhältnisse erforderlichen Unterlagen beigefgt.

Danzig. N i e d e r g e b r a n n t. Dienstag nachmittag, kurz vor 3 Uhr, wurde die Feuerwehr zur Dampf- und Wassermühle **S p e i s e r** u. Co. gerufen, die in hellen Flammen stand. In zweistündiger Tätigkeit wurde sie des Brandes Herr. Freilich war das Mühlenwerk völlig ausgebrannt, dagegen wurde der beträchtliche Vorräte bergende, hinter der Mühle liegende Speicher, der im Jahre 1914 von einer Feuersbrunst heimgesucht war, vor Schaden bewahrt.

Aus aller Welt.

Die Revolution im Kinderaufsatz.

Wie sich in den Köpfen neunjähriger Berliner Jungens die Revolutionsereignisse spiegeln, das zeigen die Aufsätze, die die Lehrerin einer Berliner Gemeindeschule ihre Schüler schreiben ließ u. von denen in der „Weltbühne" einige Proben mitgeteilt werden. So schreibt der Schüler Erich Muth: „Der Kaiser hat abgedangt. Erst wollte der Kaiser nicht abdanken aber er mußte weil die Franzosen kammen immer weiter. Da sah er ein das sie in doch von den Thron herunter jagen. Und Ludendorff wollten sie Tottschießen aber er kriechte das raus das sie ihn Totschießen wollten da dankte er schon vorher ab. Und als der Kaiser abgedankt hatte fuhren Auto durch die Straßen mit Fahnen und in die Fahnen stand. „Brüderchen schieße. Und Hindenburg dankte zu letzt ab. Und Alekzsanderplatz haben sie geschossen." Folgendermaßen drückt sich Kurt Paeseler aus: „Den Bibknecht kann ich nicht leiden. Jetzt ziehen wir rote Fahnen raus, und am Schlesigen bahnhof und in der Langen Straße hängen Galanden. Und ich war Unter Linden da waren Madrosen mit die Autos wo Faren rum. Im Marchstall haben sie geschossen und die Jugendwehr auch. Rosa Lucksenburg ist eine Hegse darum kann ich sie nicht laiden. Wilson hat eine Spitznese da pickt er die Leute an. Meine Braut hab ich lieb weil sie mir immer ein Groschen schenkt. Und die last Auto haben so und so viel Eßwaren geholt vom Schloß. Und mir hat meine Großmutter dazu einen Hintervoll gehauen weil ich runter gehen wollte." E. Steffin erzählt: „Die traurige Geschichte von abgedankten Wilhelm. Und ich war in Gefahr ich ging Andreasstraße da kam ein Auta mit Soldaten und eine Menschenmenge hielten das Auto auf und weil nichts übrigblieb schoßen die Soldaten mang die Menschen. Und drei von den Menschen waren drei tot und einer verwuntet und ich ergrif die Flucht. Und Liebknecht hat eine lange Gardinenpredigt gehalten, und in Frankreich mußten die Deutschen räumen, und Eßware blieb in Stich zum Beispiel Konserven."

Bekanntmachung.

Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen National-Versammlung (Reichswahlgesetz vom 30. November 1918. Vom 28. Dezember 1918.)

Artikel I.

Auf Grund von § 9, Absatz 4 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzblatt S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

§ 10, Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung.

§ 2.

Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2, 4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt:

Bescheinigung.

(Truppenteil) (Datum)

Dem (Vor- und Zuname) . . . .
geboren am . . . .
(Stand oder Gewerbe) . . . .
wohnhaft in . . . .

wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt.

(Dienstsiegel) (Unterschrift)
(Dienstgrad)

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichsmarineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

Artikel II.

Die Verordnung hat Gesetzkraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuss

Vorstehende Verordnung wir hierdurch zur allgemeinen und insbesondere auch den Herren Wahlvorstehern zur Kenntnis gebracht.

Thorn, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Polizeiverordnung

betreffend das Verbot des Waffentragens und über die Abgabe von Waffen und Munitionsstücken.

Unbeschadet der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 14. Dezember 1918 (R.-G.-Bl. S. 1425) über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reiches verordne ich unter Bezugnahme auf §§ 137 und 139 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und auf § 6, 12 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 folgendes für den Regierungsbezirk Marienwerder:

§ 1

Das Tragen und der Besitz von Waffen aller Art und von Munitionsstücken ist verboten. Waffen aller Art und Munitionsstücke die sich im Besitze Unbefugter befinden (vgl. § 21, unterliegen vorläufiger Beschlagnahme

§ 2.

Ausnahmen von dem Verbote (§ 1) sind zugelassen

1) für Waffen- und Munitionshandlungen,
2) für Personen, welche im Besitze eines Jagdscheines oder eines von der Polizei-Verwaltung ausgestellten Waffenscheines sind,
3) für Angehörige des Landheeres und der Marine. Beamte des polizeilichen Exekutivdienstes, Angehörige der Bürger- und Volkswehr, die sich in Ausübung oder Veranlassung des Dienstes befinden,
4) für Personen, die für den Forst- und Jagdschutz angestellt und gesetzlich zum Tragen pp. von Waffen berechtigt sind

§ 3.

Soweit nicht weitergehende Bestimmungen getroffen sind, dürfen Waffen- und Munitionshandlungen Waffen aller Art und Munition nur an solche Personen abgeben oder verkaufen, welche im Besitze eines Jagdscheines oder eines gemäß § 2 ausgestellten Waffenscheines sind. Jeder Verkauf oder die Abgabe von Waffen aller Art und von Munition ist von den Waffen- und Munitionshandlungen allwöchentlich am Sonnabend der Polizeiverwaltung anzuzeigen.

§ 4.

Alle nicht gemäß § 2 zum Besitze und zum Tragen von Waffen jeder Art der von Munition befugten Personen haben ihre Waffen und Munition bis zum 18. Januar 1919 an die Polizeiverwaltungen gegen Quittung abzugeben. Die aus Beständen der Heeresverwaltung herstammenden Waffen und Munition sind von den gen. Polizeiverwaltungen dem nächsten Garnisonkommando zu überweisen.

Jeder, der eine ihm gehörige Waffe oder Munition abgibt, hat sie mit einer Karte zu versehen, auf welcher Name und Wohnort des Eigentümers verzeichnet ist.

Die Waffen und Munition der Zivilbevölkerung bleiben im Gewahrsam der Polizeiverwaltung. Die Waffen dürfen nur unter Zustimmung des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats in Thorn an den legitimierten Eigentümer wieder herausgegeben werden.

§ 5

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden, soweit nicht die durch die Verordnung der Volksbeauftragten festgesetzten höheren Strafen (Gefängnis bis zu 5 Jahren und Geldstrafen bis zu 100 000 M) verwirkt sind, gemäß § 137 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. 7. 1883 bestraft.

§ 6.

Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Marienwerder, den 28. Dezember 1918.

Der Regierungs-Präsident.
gez. **Schilling.**

Der Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats.
gez. **Zilian.**

Veröffentlicht mit den Zusätzen:

1. Die nach § 2 Abs. 2 auszustellenden Waffenscheine sind vom Polizeimeister der Festung Thorn gegenzuzeichnen.
2. Als Abgabestelle für Waffen und Munition, die aus Heeresbeständen stammen, gilt das Artillerie-Depot Wagenhaus 1 am Stadtbahnhof.

Waffen und Munition aus Privatbesitz sind an die Polizei-Verwaltung — Rathaus — abzuliefern.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Flöter.

Die Polizei-Verwaltung.
Hasse.

Bekanntmachung

über die Ablieferung von Waffen u. Heeresgut.

Auf Grund der Verordnung über die Zurückführung von Waffen und Heeresgut in den Besitz des Reichs vom 14. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1425) und der dazu von dem preußischen Ministerium des Innern erlassenen Ausführungsbestimmungen bestimme ich für den Regierungsbezirk Marienwerder folgendes:

§ 1.

Wer sich unbefugt im Besitze von Waffen und Munitionsstücken befindet, die aus Heeresbeständen stammen, oder wer Heeresgerät oder Heeresgut aller Art (insbesondere auch Fahrzeuge und Pferde) im Besitz hat, ohne sich über den rechtmäßigen Erwerb ausweisen zu können, hat diese Gegenstände sofort, spätestens **bis zum 10. Januar 1919 abzuliefern,** und zwar in Thorn Stadtkreis an das Artillerie-Depot Thorn, Wagenhaus 1 am Stadtbahnhof.

§ 2.

Für die fristgemäße Ablieferung eines Panzerkraftwagens wird eine Belohnung von 1000 Mark gewährt, die gegen eine Bescheinigung der abnehmenden Behörde vom Reichsversicherungsamte gezahlt wird.

§ 3.

Gemäß der Verordnung über den Erlaß von Strafbestimmungen, betreffend wirtschaftliche Demobilmachung vom 27. November 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 1339) wird das innerhalb der Ablieferungsfrist nicht abgegebene **Heeresgerät für verfallen erklärt.** Die Polizeibehörden sind ermächtigt, in allen Fällen, in denen der Verdacht vorliegt, daß Heeresgerät pflichtwidrig nicht abgeliefert worden ist, **Durchsuchungen** vorzunehmen und dazu erforderlichenfalles militärische Kommandos in Anspruch zu nehmen.

§ 4.

Wer nach dem 10. Januar 1919 sich noch unbefugterweise im Besitz von Gegenständen der oben bezeichneten Art befindet, wird gemäß § 3 der Verordnung vom 14. Dezember 1918, unbeschadet einer nach den allgemeinen Strafgesetzen wegen der unbefugten Aneignung etwa bereits verwirkten Strafe, wegen Unterlassung der angeordneten Ablieferung mit **Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk.** oder mit einer dieser Strafen bedroht.

Marienwerder, den 1. Januar 1919.

Der Regierungs-Präsident.
Schilling.

Veröffentlicht.

Thorn, den 8. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.
Flöter.

Die Polizei-Verwaltung.
Hasse.

Bekanntmachung.

Nachdem der Wahltag für die Wahlen zur preußischen Landesversammlung auf den 26. Januar 1919 festgesetzt ist, fordere ich zur Einreichung von Wahlvorschlägen gemäß § 7 der Verordnung vom 21. Dezember 1918 — Pr. G. S. S. 201 in Verbindung mit § 12 der Wahlordnung vom 30. November 1918 — R. G. Bl. S. 1353 — auf.

Die Wahlvorschläge, von denen mehrere miteinander verbunden werden können, sind **spätestens am 11. Januar 1919** einreichen (§ 11 der Verordnung von 30. November 1918 R. G. Bl. S. 1345). Die Verbindung mehrerer Wahlvorschläge muß von den Unterzeichnern der betr. Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten **übereinstimmend spätestens am 19. Januar 1919** bei mir schriftlich erklärt werden. (§ 12 der Verordnung). Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind.

Im 2. Wahlbezirk (Westpreußen) sind 17 Abgeordnete zu wählen.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist **eine Erklärung über seine Zustimmung** zur Aufnahme in den Wahlvorschlag einzuschließen. In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur **einmal** vorgeschlagen werden (§ 11 der Verordnung) In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder ihr Beruf, sowie ihr Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in **erkennbarer Reihenfolge** aufzuführen. (§ 14 der Wahlordnung).

Die unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Berufes oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlage sind außer den oben erwähnten Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber **Bescheinigungen der Gemeindebehörden** vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind.

Die Gemeindebehörden haben solche Beischeinigungen unverzüglich gebührenfrei auszustellen. (§ 15 der Wahlordnung.)

In jedem Wahlvorschlage soll ein **Vertrauensmann** bezeichnet werden der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschusse zur Rücknahme des Wahlvorschlags, sowie zur Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmannes bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmannes, so gilt der erste Unterzeichner als solcher

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlages schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Wahlkommissar zugeht. (§ 16 der Wahlordnung).

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den anderen Wahlvorschlägen gegenüber als **ein** Wahlvorschlag (§ 12 der Verordnung). Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören. (§ 20 der Wahlordnung).

Ich weise ferner noch besonders darauf hin, daß am **19. Januar** die Wahlen zur deutschen **Nationalversammlung** am **26. Januar** dagegen die Wahlen zur **preußischen Landesversammlung** stattfinden. Es sind daher gemäß § 5 der betr. Verordnungen für die erstere **wählbar** alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre **Deutsche** sind zur letzteren dagegen nur diejenigen Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre **Preußen** sind.

Gleichzeitig gebe ich bekannt, daß der Wahlausschuß (§ 22 der Wahlordnung) aus folgenden Personen besteht:

A. Beisitzer:

1. Zimmerpolier Eugen Sellin, Danzig
2. Rechtsanwalt Klawitter, Danzig
3. Redakteur Foegen, Danzig
4. Kaufmann Eugen Berenz, Danzig

B. Stellvertreter:

1. Maurer Paul Voss, Danzig
2. Kommerzienrat Wieler, Danzig.

Danzig, den 1. Januar 1919.

W. K. Pr. 1.

Der Wahlkommissar des 2. Wahlbezirks für die Wahlen zur preußischen Landesversammlung.

v. Liebermann.

Bekanntgegeben:

Thorn, den 7. Januar 1919.

Der Oberbürgermeister.

Hasse.

Bekanntmachung.

Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden preußlichen Landesversammlung vom 21. Dezember 1918 (Gesetzsamml S 201) vom 28. Dezember 1918

Die Preußische Regierung verordnet mit Gesetzkraft, was folgt:

§ 1.

Für die Wahlen zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung finden die §§ 2 und 3 der Verordnung zur Abänderung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19 Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl S 1441) sowie die Vorschriften der Verordnung zur Abänderung der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 19. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1442) mit der Maßgabe Anwendung, daß die Wahlvorschläge spätestens am 11. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen sind.

§ 2.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Die Preußische Regierung.

Hirsch. Braun. Eugen Ernst Rosenfeld.

Bekanntgegeben,

Thorn, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Verbündet mit dem deutschen Bauernbund ziehen alle freien Bauern in den Wahlkampf.

Landfrauen, Bauern, Handwerker, Landarbeiter des flachen Landes organisiert Euch!

Die seit Jahrhunderten bestehenden veralteten Vorrechte, Feudalrechte und Fideikommisse müssen fallen.

Die Sonderstellung der Gutsbesitzer muß fort.

Die Befugnisse der Amtsvorsteher sind nach dem Muster der westlichen Provinzen den Gemeindevorstehern zu übertragen.

Dem Holzwucher der großen Privatwaldbesitzer ist nachdrücklich entgegenzutreten.

Die Herrenansprüche sollen für die Führung in der Landwirtschaft nicht maßgebend sein, sondern nur Tüchtigkeit und persönliche Leistung.

Wißt Ihr, wer die deutsch-nationale Volkspartei ist? Die alten Konservativen,

die Eure Frauen, Kinder und Euch **nie geachtet, Eure Interessen nie vertreten haben.**

Berufsgenossen, Ihr gehört nicht zur deutsch-nationalen Volkspartei.

Ihr gehört alle dorthin,

wo Eure, Eurer Frauen und Kinder **Rechte gewahrt und vertreten werden,** wo Ihr als **gleiche Menschen geachtet werdet,** in die

deutsche demokratische Partei.

Das Wichtigste für Euch aus unseren Zielen:

1. Keine Trennung von Kirche und Staat, Religionsunterricht in der Schule.
2. Einführung der Einheitsschule.
3. Keine Klassenherrschaft, keine Gewaltherrschaft, gleiches Recht für alle.
4. Der freie Bauer auf freiem Boden.
5. Aenderung des Kreistages, der Landwirtschaftskammer. Die volkstümliche Ausgestaltung aller dieser und ähnlicher Verwaltungsbehörden.
6. Unbedingte Einschränkung der jetzt bestehenden besonderen Rechte der Großgrundbesitzer. Völlige Gleichstellung als Mensch, ob Rittergutsbesitzer oder Bauer oder Landarbeiter.
7. Umfassende Siedlungspolitik vor allem für unsere Kriegsbeschädigten. Alle übermäßig großen Gutsbesitze sowie solche, welche nicht intensiv bewirtschaftet werden, alle staatlichen Grundbesitze sind für mäßige Mittel zu enteignen und für solche Zwecke zu verwenden.
8. Schärfste Erfassung der Kriegsgewinne.
9. **Unbedingte Sicherstellung der Kriegsanleihen.**

Die Demokratie (heißt Volksherrschaft) **hat mit der Sozialdemokratie nichts zu tun.** Diese Parteien scheidet eine große Kluft. Nur die deutsch-nationale Volkspartei will Euch, um Euch einzufangen, solches vormachen. Glaubt ihr nicht. Diese Partei ist nicht Euer Berater. Laßt Euch von keinem Menschen beeinflussen. Es wird viel gearbeitet, und alle Mittel werden versucht. Bleibt fest in der Ueberzeugung für die demokratische Sache.

Die neuen Zeiten fordern neue Männer

und zwar Männer aus **Euerer Mitte,** aus **Eurem Stande.** Nur die können und werden Euch **überzeugungsvoll vertreten.**

Auf, Männer und Frauen des flachen Landes!

Schart Euch um das Banner der

deutschen demokratischen Partei.

Hackbarth-Gramtschen, **Liedtke**-Gramtschen, **Broese**-Dt. Rogau, **Loehrke**-Podgorz.